



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

## Deutscher Staatsrechtslehrer fordert Ausscheiden Deutschlands aus der EU

Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider  
zu Gast in Österreich

Die Forderung des europaweit bekannten Rechtsexperten nach dem Ausscheiden Deutschlands aus der EU ist den Mächtigen und ihren Handlangern sehr unangenehm und wird deshalb von den meisten Massenmedien totgeschwiegen. Sie war der Titel und inhaltliche Schwerpunkt einer **Pressekonferenz** am 28. März, zu der die IHU (Initiative Heimat & Umwelt) alle österreichischen Medien schriftlich eingeladen hatte.

Obwohl die Austria Presseagentur (APA) einen Bericht mit Foto darüber an (fast) alle österr. Zeitungsredaktionen sandte mit dem Titel „Deutscher Staatsrechtler fordert Austritt Deutschlands aus der EU“, hat keine Massenzeitung in Österreich darüber berichtet. Nur **„Die ganze Woche“** druckte bereits im Vorfeld der Veranstaltungen in Salzburg und Wien zahlreiche Original-Aussagen von Prof. Schachtschneider zum Thema EU-Verfassung und EU-Austritt ab und informierte ihre fast eine Million Leser auch über die öffentlichen Vortrags-Termine. „Die ganze Woche“ hat übrigens auch den besten regelmäßigen Umweltkommentar aller österr. Zeitungen, für den seit Jahren Univ. Prof. Dr. Hermann Knoflacher verantwortlich ist.

Die **Begründung** für seine Forderung nach einem Ausscheiden Deutschlands aus der EU hat Prof. Schachtschneider bereits in der schriftlichen Kurzfassung eines von ihm am 13.11.2006 gehaltenen Vortrags in Prag wie folgt festgehalten:

„Das Volk und die Völker sind in der EU **entmündigt**, weil die Politik entdemokratisiert ist. Die Kommission und der Gerichtshof haben die Macht usurpiert, die Wirtschaft so zu lenken, wie es ihren weitgehend korrumpierten Interessen nützlich ist, nicht nur gegen wesentliche Prinzipien des Rechtsstaates, sondern vor allem gegen den Willen der Völker, zumal ohne demokratische Kontrolle. Der **Abbau der sozialen Besitzstände** ist die Konsequenz der Entdemokratisierung. Der Grundrechtsschutz in Fragen der Wirtschaftsordnung ist so gut wie verloren gegangen, seit er in die Hand des Europäischen Gerichtshofs geraten ist. Auch das freiheitliche Prinzip der Gewaltenteilung ist durch die exekutivistische und judikativistische Rechtsetzung der Union so gut wie aufgehoben. Die politischen Zwänge sind durch die rechtlosen Verträge geschaffen. Einige wenige werden durch diese Politik außerordentlich reich, **viele aber unerträglich arm.**

Die europäische Integration führt Deutschland mehr und mehr in eine verfassungspolitische, aber viele Menschen auch in eine existentielle Notlage. **Deutschland wäre gut beraten**, einen eigenen Weg zu gehen, also sein Recht in Anspruch zu nehmen, **aus der Union auszuscheiden**, mit dem Ziel, neue

verfassungsmäßige Verträge zu schließen. **Der europäische Frieden wird nicht dadurch gesichert, daß Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat runiiert werden.** Die Nationalstaaten müssen darum in allen existentiellen Angelegenheiten die Hoheit wahren. **Ein Großstaat Europa ist eine Gefahr nach innen und nach außen.** Die Freiheit erstickt im zentralistischen Bürokratismus. Die Völker tragen die Lasten einer Politik, die sie nicht verantworten können. Der Beruf unserer Zeit ist ein europäisches Europa.“

Die „Schwierigkeiten“, die wir bei der Durchführung der Vorträge von Prof. Schachtschneider in Salzburg und Wien erlebten, werden auf den nächsten Seiten berichtet. Solche Anschläge auf die Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung sind **Vorboten eines Gesinnungsterrors**, wie er für Diktaturen kennzeichnend ist. Es ist ein Skandal, daß sich dafür auch Bildungsinstitutionen wie die Universität Wien „einspannen“ lassen, für die die FREIHEIT DER LEHRE oberstes Gebot sein sollte und die noch dazu über Steuergelder finanziert wird und daher für alle Österreicher da sein müßte! In der EU-Verfassung ist die Freiheit der Lehre nämlich **nicht** mehr enthalten...

<b>Wie EU-Gegner mundtot gemacht werden sollen</b>	<b>Seiten 2-3</b>
<b>Argumente gegen den EU-Verfassungsvertrag</b>	<b>Seiten 4-5</b>
<b>Wissenschaftliche Fehlmeinungen zum Klimawandel</b>	<b>Seiten 7-8</b>

# Wie EU-Gegner mundtot gemacht werden sollen.

Säle für größere öffentliche Veranstaltungen muß man viele Wochen vorher buchen und schriftlich bestätigen lassen, was bei beiden Terminen mit Prof. Schachtschneider in Salzburg am 27.3. und in Wien am 28.3. natürlich auch so geschah. Trotzdem wurde die längst erteilte Genehmigung für die Miete des Saales vom **Bildungshaus St. Virgil** in Salzburg wenige Tage vor der Veranstaltung widerrufen; erst in letzter Minute entschloß man sich, den Vortrag von Prof. Schachtschneider doch zuzulassen. In Wien jedoch widerrief die **Universität** die vier Wochen vorher schriftlich erteilte Genehmigung für die Miete eines großen Hörsaals im Universitäts-Campus (im Gelände des alten AKH) genau einen Tag vor der Veranstaltung per Fax, das Inge Rauscher als Verantwortliche der Veranstalter erst am Veranstaltungstag selbst vier Stunden vor Beginn überhaupt erreichte. Der Vortrag fand dann in einem **Ersatzlokal** statt, zu dem die Teilnehmer mit Bussen hingebacht wurden - eine für alle unerfreuliche Situation, der ein unglaubliches Kesseltreiben vorausgegangen war, das man nur mit dem Begriff **„Meinungs-Terror“** kennzeichnen kann und wie wir es bei den **weit über hundert** von uns in den letzten Jahrzehnten organisierten Saal-Veranstaltungen noch nie erlebt haben.

Die Saalinhaber wurden massiv unter Druck gesetzt, die Veranstaltung abzusagen, was die Universität Wien dann auch „in letzter Minute“ tat. Wörtlich hieß es in den Internet-Aufrufen von **„no racism“** und dem **„Forum Politikwissenschaften“**: „Die Uni-Verantwortlichen weigern (!) sich, die Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten zu untersagen.“ und: „Falls die Uni nicht absagt, ist Treffpunkt für Gegenaktionen 17 Uhr bei der UV Campus hinter dem Billa!“

Nun, die Uni hat den Willen der Demonstranten erfüllt und abgesagt, aber demonstriert wurde trotzdem. Es sollte ja verhindert werden, daß (freiwillige) Veranstaltungsteilnehmer sich selbst ein Bild über die EU-Verfassung und die Hintergründe der EU-Politik insgesamt anhand der Ausführungen eines der besten Kenner der EU-Verfassung, eben Prof. Schachtschneider, machen können.

Zu diesem Zweck legten sich die Demonstranten vor die abfahrbe-

reiten Busse, damit wurde auch die Fahrt ins Ersatzlokal **blockiert**. Die Polizei trug diese „Blockierer“ erst nach eineinhalb Stunden weg ... Prof. Schachtschneider war sich nicht zu schade, während dieser Blockade, die den Tatbestand der **Nötigung** darstellt, im voll besetzten großen Reisebus mit seinem Referat zu beginnen und dieses mit zweistündiger Verspätung dann im Ersatzlokal fortzusetzen. Mit welcher **Aggressivität** die Demonstranten aufgetreten sind, zeigt das Foto. Die Demonstranten gebärdeten sich wie Geheimdienstleute, sie fotografierten die Veranstaltungsteilnehmer und verletzten so deren Privatsphäre.



Wer sich über Näheres darüber informieren will, kann eine interne **Dokumentation** darüber ausschließlich zur persönlichen Information bei uns gegen Spesenersatz anfordern.

Hunderte heruntergerissene, zerkratze und mit sonstigen Gewaltmaßnahmen unkenntlich gemachte **Einladungsplakate** zur Informationsveranstaltung mit Prof. Schachtschneider säumten den Weg dieser Zerstörer.

Im Ersatzlokal konnte Prof. Schachtschneider dann ungestört vor über 100 Zuhörern sprechen, deren Geduld und Aufmerksamkeit für einen Vortrag zu einem schwierigen Thema erst ab 21.30h nach einem für die meisten langen Arbeitstag bewundernswert war.

Die Absage der Universität Wien, gezeichnet mit **Vize rektor** Univ. Prof. Mag. Dr. Jurenitsch, erfolgte aufgrund völlig ungeprüfter Behauptungen von Gruppierungen, für die niemand namentlich geradesteht, die sich ihrerseits auf „Informationen“ des „Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW) berufen. Die Universität Wien machte **keinerlei Versuch**, bei den Betroffenen selbst nachzufragen, ob diese Behauptungen überhaupt stimmen. Es ist mehr als bedenklich, daß selbst eine offizielle Institution wie die Universität Wien den wichtigsten Grund-

satz eines Rechtsstaates, nämlich immer **beide Seiten anzuhören**, völlig mißachtet!

Wer ist nun das DÖW mit dem so wissenschaftlich klingenden Namen **„Dokumentationsarchiv“**? Ein privater Verein, der keinerlei offizielle Befugnis als Organ der Republik Österreich besitzt - im Gegenteil! Laut einem **Gerichtsurteil** des Oberlandesgerichts Wien vom 4.5.1998 sind folgende Werturteile, weil detailliert belegbar, zulässig:

„Das DÖW ist eine Art **Privat-Stasi**“. „Das DÖW ist eine kommunistische Tarnorganisation.“ „Das DÖW betreibt linksextreme Subversion vor allem im Kulturbereich.“ „Das DÖW würde sich an erster Stelle finden, gäbe es in Österreich so etwas wie den jährlichen Verfassungsschutzbericht.“ „Das DÖW betreibt Geschichtsfälschungen und Geschichtsverdrehungen.“ **„Das DÖW arbeitet mit einem Gemisch aus Lüge, Fälschung und Denunziation.“**

Aufgrund von „Informationen“ dieses Vereins wurden von den protestierenden Gruppen sowohl die Veranstalter als auch Prof. Schachtschneider selbst in die Nähe von **„rechtsextremen“**, **„neonazistischen“** Kreisen gerückt. Die Beschreibung dieser „Informationen“ würde den Rahmen einer WEGWARTE sprengen; es wird dabei aber genau mit den Methoden vorgegangen wie im erwähnten Gerichtsurteil dargestellt.

Diese „Informationen“ wurden von einer „Studierendenplattform gegen Rechtsextremismus an den Universitäten“ dazu benützt, viele an dem Vortrag über die EU-Verfassung Interessierte vor Ort „abzufangen“ und „erfolgreich“ wieder heimzuschicken mit der mittels Flugblatt verbreiteten Mitteilung, daß die Veranstaltung wegen „Nähe zu Rechtsextremismus“ abgesagt werden „mußte“. Diese Interessenten, die von den wahren Hintergründen keine Ahnung haben konnten, haben gar nicht erfahren, daß der Vortrag doch stattgefunden hat, aber eben woanders. Sie konnten gar nicht zu den Bussen vordringen, da sie am Weitergehen gehindert wurden ...

Wir glauben nicht, daß diese Form der **INFORMATIONSVERRINDERUNG** von ehrlichen „Linken“ ausging. Mit diesen gibt es nämlich viele

Berührungspunkte, zB in der Frage der gerechten Güterverteilung, bei der Bekämpfung des weltweiten Großkapitalismus und der damit einhergehenden MILITARISIERUNG der ganzen WELT, und eben auch bei der Absage an die EU-VERFASSUNG. Gerade zu diesem Thema hat die seriöse „Linke“ die beste Aufklärungsarbeit bisher in Österreich geleistet! Die sehr gut recherchierte Broschüre der „Friedenswerkstatt Linz“ zu diesem Thema haben wir in der WEGWARTE mehrfach beworben.

### Meinungsfreiheit ist vor allem die Freiheit der Andersdenkenden.

Der große französische Vordenker der europäischen AUFKLÄRUNG, Voltaire, hat dies in folgende, sehr eindringliche Worte bereits vor über 200 Jahren geäußert:

„Auch wenn ich Deine Ansichten abgrundtief falsch finde, werde ich mein Leben dafür einsetzen, daß Du sie äußern darfst.“

Nietzsche formulierte den gleichen Grundgedanken mit den Worten:

„Man verdirbt einen Jüngling am sichersten, wenn man ihn verleitet, den Gleichdenkenden höher zu achten als den Andersdenkenden.“

Diese Grundsätze können wir gerade Bildungsinstitutionen nur wärmstens empfehlen, es sei denn, sie wollen einer Entwicklung Vorschub leisten, die Europa um mehr als 200 Jahre vor die Aufklärung und Toleranz Andersdenkender zurückwirft, wie es die EU offenbar vorhat.

Die Universität Wien - und um ein Haar auch das Bildungshaus St. Virgil in Salzburg - haben gegen

**diesen Geist der europäischen Aufklärung** gröblich verstoßen. Wir werden um die Meinungsfreiheit weiter kämpfen und WIDERSTAND leisten gegen HEUTIGES Unrecht und gegen HEUTIGE diktatorische Entwicklungen. Warum schweigt das „Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes“ zu diesen?!

Weder „linke“ noch „rechte“ Anschauungen sind von vornherein verwerflich. Die große geistige Errungenschaft der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts - von Voltaire bis Kant - war die Definition der **Meinungsfreiheit**, die vor allem in der des jeweils Andersdenkenden besteht. Als politisch keiner Parlamentspartei und keiner einseitigen Ideologie nahestehende Basisinitiative rufen wir alle an einer gedeihlichen Zukunft Interessierten dazu auf, sich zur MEINUNGSFREIHEIT ohne jede Zensur zu bekennen und den Tendenzen der EU, vor die Aufklärung des 18. Jahrhunderts **zurückzufallen**, energischer als bisher entgegenzutreten!

Die Universität Wien als verlängerter Arm einer Art „Privatstasi“ hat sich dafür hergegeben, einen Rechtsexperten aus dem benachbarten Ausland „vor die Tür zu setzen“. Sie brüskierte damit einen Bürgerrechtler, der von den **Studenten** an der Universität, wo er seit Jahrzehnten unterrichtet, in **deren** „Ranking“ zum „Top-Professor“ gewählt wurde. Näheres dazu auf seiner **Homepage: [www.KASchachtschneider.de](http://www.KASchachtschneider.de)**

**Wäre es nicht viel sinnvoller, gegen die EU-(Verfassung) zu demonstrieren als gegen Jene, die sie - mit Argumenten - bekämpfen?!**

Jedenfalls sind „angekündigte

Gegendemonstrationen“ **kein** gerechtfertigter Grund für Veranstaltungsabsagen auf Uni-Boden. Der Rektor jeder Universität hat jederzeit die Möglichkeit, ausreichend **Polizei** anzufordern, um den freien Zugang zum vom Veranstalter bereits bezahlten (!) öffentlichen Hörsaal sicherzustellen.

Mit dieser Methode kann man **jede** demokratische Meinungsbildung unterbinden und der „Gewalt der Straße“ weichen, wer immer deren Drahtzieher sind. Die **„nützlichen Idioten“** haben ja ganz offensichtlich gar nicht gewußt, gegen wen sie überhaupt demonstrieren. Sie haben sichtlich weder die Veranstalter noch den Referenten überhaupt gekannt, geschweige denn dessen wissenschaftliches Lebenswerk für FREIHEIT und RECHT. Sie haben unwissenderweise gegen einen erklärten **Gegner von Studiengebühren** demonstriert, der diese wegen des Grundrechts auf freie Bildung für Alle ablehnt, gegen einen Befürworter vieler Zielsetzungen von ATTAC, der im Vortrag in Salzburg deren erfolgreichen Kampf gegen den MAI-Vertrag ausdrücklich gewürdigt hat sowie deren Bemühungen um die Einführung einer Steuer auf Spekulationsgewinne („Tobin“-Steuer).

Warum hatte keiner der Demonstranten den Mut und die intellektuelle Fähigkeit, wie viele andere auch **an der zivilisierten Diskussion** über den Vortrag von Prof. Schachtschneider **teilzunehmen**? Weder in Salzburg noch in Wien wurde auch nur einer der Diskutanten in irgendeiner Weise an seinem/ihren Beitrag behindert ...

Die erlebten Vorfälle haben uns in bezug auf die Weiterarbeit auf ungeahnte Weise bestätigt. Die Diktatur ist schon viel weiter fortgeschritten als selbst wir geglaubt hätten. Natürlich haben wir aufgrund der geschilderten Zustände einen enormen **finanziellen Verlust** erlitten. Wenn möglich, bitten wir die WEGWARTE-Leser deshalb um einen größeren Kostenbeitrag als sonst, damit wir weiter standhalten können, und danken dafür im Voraus! Die ganze Angelegenheit wird auf **rechtlicher Ebene** weiterverfolgt; auch das wird uns viel Geld kosten!

WEGWARTE-Empfänger haben die Möglichkeit, den Salzburger Vortrag von Prof. Schachtschneider ungekürzt samt Diskussion zuhause in Ruhe anzuhören bzw. zu -sehen und diesen auch Ihrem Freundeskreis zugänglich zu machen - siehe Kupon. Der Vortrag wurde völlig frei gehalten, ohne Manuskript.

**Vortrag von Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER samt Diskussion zum Thema „Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten?“**

Hiermit bestelle ich

..... **Stück Live-Mitschnitt auf Doppel-CD** zum Preis von 16,- Euro / 220 ÖS plus Versandkosten (ca. 2,- Euro)

..... **Stück Live-Mitschnitt auf DVD** zum Preis von 16,- Euro / 220 ÖS plus Versandkosten (ca. 2,- Euro)

..... **Stück ausführlichere Argumente gegen die EU-Verfassung in schriftlicher Form** von Prof. Schachtschneider (22 Seiten) zum Preis von 2,50 Euro (rund 34,- ÖS) plus Versandkosten.

Lieferzeit: ca. drei Wochen. Zusendung mit Erlagschein.

Vor- und Zuname

Datum

Adresse und Tel.nr. /Fax /E-mail

Bitte einsenden an: INITIATIVE HEIMAT & UMWELT  
3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. und Fax 02242/70516

# Argumente gegen die Zustimmung zum Vertrag über eine Verfassung für Europa

von Prof. Dr. iur. K.A. Schachtschneider

Kurzfassung, 11. Mai 2005

1. Der Verfassungsvertrag ist mittels des Konventsverfahrens ohne demokratische Dignität oktroyiert worden.

2. Nach dem demokratischen Prinzip des Grundgesetzes darf Deutschland seine existentielle Staatlichkeit nicht auf eine Europäische Union übertragen, die keine eigenständige demokratische Legitimation und keine originäre Hoheitsgewalt hat. Die Gründung des existentiellen Unionsstaates setzt eine sich dafür öffnende neue Verfassung Deutschlands nach Art. 146 GG (=Grundgesetz) voraus, die nur durch Referendum des Deutschen Volkes gegeben werden kann.

3. Die Politische Klasse akklamiert ohne ernsthaften Diskurs dem Verfassungsvertrag und versucht die Öffentlichkeit durch Propaganda und medienwirksame Feierlichkeiten zu beruhigen. Ohne hinreichenden Diskurs in der Öffentlichkeit und insbesondere in den Parlamenten des Bundes und der Länder ist die Europäische Staatsgründung demokratiewidrig, nicht anders als **der Unionsstaat**, der gegründet werden soll.

4. Als echter Bundesstaat ist die Europäische Union mit Aufgaben und Befugnissen eines existentiellen Staates ausgestattet, ohne daß diese durch ein Europäisches Volk, das sich zu einem existentiellen Staat verfaßt hat, legitimiert wird. Die Völker der Mitgliedstaaten können die gemeinschaftliche Ausübung der übertragenen Hoheitsrechte nur legitimieren, wenn das demokratisch unverzichtbare Prinzip der **begrenzten Ermächtigung** eingehalten wird. Allein dieses Prinzip ermöglicht die Verantwortbarkeit der Unionspolitik durch die nationalen Parlamente. Die darüber hinaus gehenden weiten und offenen Ermächtigungen der Union mißachten das demokratische Prinzip des Grundgesetzes auch insoweit, als dieses nach Art. 79 Abs. 3 GG unabänderlich ist.

5. Die Wirtschafts- und Währungsunion schafft in der Europä-

ischen Union eine **neoliberale Wirtschaftsverfassung** des Marktes und des Wettbewerbs. Diese ist **mit dem Sozialprinzip des Grundgesetzes**, zumal mit dessen Prinzip der wirtschaftlichen Stabilität, das die Pflicht zur wirksamen Beschäftigungspolitik einschließt, **unvereinbar**. Aufgrund der Grundfreiheiten erzwingt der Europäische Gerichtshof die Deregulierung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftsordnungen. Seine Judikatur überantwortet die Wirtschaft dem europäischen und global integrierten Markt und Wettbewerb. Sie läßt der staatlichen Beschäftigungspolitik entgegen dem Stabilitätsprinzip des Grundgesetzes keine wirkliche Chance. **Insbesondere die Kapitalverkehrsfreiheit führt zum Niedergang des Wirtschaftsstandortes Deutschland.**

6. Die Haushaltskontrolle der Union ist mit der demokratischen Budgetverantwortung des nationalen Parlaments, welche untrennbar mit der Wirtschaftshoheit des existentiellen Staates verbunden ist, nicht vereinbar.

7. Der Rat der Union bestimmt die Grundzüge der Wirtschaftspolitik auch Deutschlands gemäß der Wirtschaftsverfassung der Union, aber zu Lasten der grundgesetzlichen Wirtschaftsverfassung und, soweit das geboten erscheint, auch zu Lasten der deutschen Wirtschaftsinteressen.

8. Das Herkunftslandprinzip/ das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung **entdemokratisiert weitgehend die Lebensverhältnisse** der Mitgliedstaaten, etwa im Lebensmittelrecht, im Dienstleistungs- und Arbeitsrecht, weil nicht die eigenen Gesetze des Bestimmungslandes, sondern die des Herkunftslandes maßgeblich (geworden) sind.

9. Der demokratisch nicht legitimierte **Europäische Gerichtshof** versteht sich als Motor der Integration. Er hat die Rechtsprechung in Grundsatz-, insbesondere in Grundrechtsfragen mittels der von ihm durchgesetzten unmittelbaren

und vorrangigen Anwendbarkeit des Unionsrechts, aber auch durch die Umwandlung der Grundfreiheiten in grundrechtsgleiche subjektive Rechte an sich gezogen (usurpiert) und die nationale Verantwortung für das Recht entwertet. Er hat damit auch die nationale Politik entmachtet. **Den Vorrang des gesamten Unionsrechts**, einschließlich des sekundären und tertiären Unionsrechts, **vor dem gesamten Recht der Mitgliedstaaten**, sogar vor deren Verfassungsgesetzen, schreibt Art. 1-6 VV (=Verfassungsvertrag) **erstmalig im Vertragstext** fest. Das widerspricht dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und ist mit der existentiellen Staatlichkeit der Mitgliedstaaten unvereinbar.

10. Der Grundrechtsschutz gegenüber den Rechtsakten der Union läuft, seit der Europäische Gerichtshof die Grundrechteverantwortung hat, weitestgehend leer. **Der Gerichtshof hat nicht einen Rechtsakt der Union für grundrechtswidrig erklärt.** Der Vorbehalt des Bundesverfassungsgerichts, daß der Wesensgehalt der Grundrechte im allgemeinen unangetastet bleiben müsse, ist praktisch ohne Bedeutung.

11. Die Judikatur des Europäischen Gerichtshofs zur Niederlassungsfreiheit ermöglicht den Unternehmen, die Unternehmensform des Gründungsstaates in allen Mitgliedstaaten zu nutzen. Das leitet das **Ende der Mitbestimmung** in Deutschland ein.\*

12. Der Grundrechtsschutz ist in schlechte Hände geraten, weil der Europäische Gerichtshof für den Grundrechtsschutz nicht demokratisch legitimiert ist. Die Europäische Grundrechtecharte **schwächt den Grundrechtsschutz**. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums steht genauso wenig in der Charta wie ein Recht auf Arbeit. Die Medienfreiheit etwa ist nur zu achten, die Lehrfreiheit ist

\* In Deutschland gibt es ein gesetzlich verankertes Recht der Arbeitnehmermitbestimmung in den Betrieben. (Anmerkung der IHU)

nicht genannt, u.a.m.

13. Die Grundrechtecharta ermöglicht für den Kriegsfall und den Fall unmittelbarer Kriegsgefahr die **Todesstrafe**. Diese kann nach den verteidigungspolitischen Ermächtigungen der Union eingeführt werden. Um einen „Aufbruch“ oder „Aufstand“ „rechtsmäßig niederzuschlagen“, **darf** trotz des Rechts auf Leben (Art. II-62 VV) **getötet werden**.

In der Erklärung betreffend die Erläuterungen zur Charta der Grundrechte, die die gleiche Verbindlichkeit hat wie die Grundrechte selbst, steht:

„3. ...a) Art. 2 Abs. 2 EMRK:

Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um

a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen;

b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern;

c) **einen Aufbruch oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen**“.

b) Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 zur EMRK:

„Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden; diese Strafe darf nur in den Fällen, die im Recht vorgesehen sind, und in Übereinstimmung mit dessen Bestimmungen angewendet werden ...“.

14. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist ein existentielles Staatsgebiet. Dessen Sicherheit zu gewährleisten übernimmt mehr und mehr die Europäische Union, ohne das wirklich leisten zu können. Die Europäische Staatsanwaltschaft und der **Europäische Haftbefehl** greifen tief in die nationale Strafhoheit ein.

15. Die Mitgliedstaaten verlieren weitgehend die Verteidigungshoheit durch Integration der Streitkräfte in die Gemeinsame Verteidigung. Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktbewältigung und Stärkung der internationalen Sicherheit **können Kriege sein**, wie sie gegen den Irak geführt wurden. Eine (huma-

nitäre) Intervention dieser Art ist durch das völkerrechtliche Gewaltverbot untersagt. **Die Union aber spricht sich das Recht zum Kriege aus.**

16. Die finanzpolitische Generalklausel des Art. I-54 VV ermöglicht der Union, **europäische Steuern zu erheben oder weitere Kategorien der Mittelbeschaffung einzuführen**, ohne daß die nationalen Parlamente dem zustimmen müßten. Im vereinfachten Änderungsverfahren des Art. IV-445 VV ist der Europäische Rat ermächtigt, den Kern der Verfassung, nämlich alle Regelungen des Teils III Titel III, der den Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und viele andere Politikbereiche umfaßt, ganz oder zum Teil zu ändern, **ohne daß die nationalen Parlamente oder gar Völker dem zustimmen müßten**. Auch das Europäische Parlament und die Kommission sind nur anzuhören. Zwar dürfen die Zuständigkeiten der Union nicht überschritten werden, aber diese Zuständigkeiten sind in Art. I-13 und 14 VV äußerst weit gefaßt. Die engeren Regelungen des Teils III der Verfassung über die Politiken und Verfahren sind nicht maßgeblich, weil sie keine "Zuständigkeiten" regeln. Für die mitgliedstaatliche Zustimmung genügt die der Bundesregierung, weil der Europäische Beschluß des Europäischen Rates kein völkerrechtlicher Vertrag ist, wie ihn Art. 59 Abs. 2 GG voraussetzt.



Prof. Schachtschneider beim Vortrag in Salzburg. Neben ihm Inge Rauscher/IHU

**"Der Hauptgrund für die wachsende Kluft zwischen arm und reich ist die grenzenlose Kapitalverkehrsfreiheit, ein Eckpfeiler der ganzen EU-Konstruktion."**

Karl Albrecht Schachtschneider

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 18 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate.

# Zehn wissenschaftliche Fehlmeinungen zum Klimawandel von August Raggam

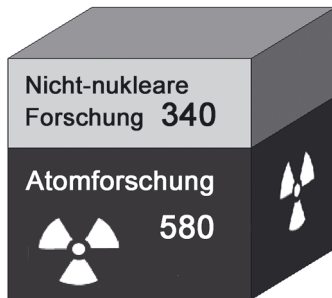
## 1. Irrtum: Die Kernspaltung und Kernfusion seien CO<sub>2</sub>-neutral.

Bei der Nutzung von Kernspaltung und Kernfusion werden riesige Mengen Wärme in die Umgebung freigesetzt, die zu einer Erhöhung der Erddurchschnittstemperatur beitragen und damit ein verstärktes Ausdampfen von CO<sub>2</sub> aus dem Meer bewirken. Es besteht die Gefahr, daß dadurch eine Kettenreaktion ausgelöst wird. Jede Energie, die der Mensch zusätzlich in den Naturkreislauf bringt, muß auch zusätzlich zur Sonnenwärme ins Weltall abgestrahlt werden und wird so indirekt zum CO<sub>2</sub> – Treiber. Dies gilt für die Atomenergie, für die fossilen Energieträger, aber auch für die Geothermie.

(Anm. d. Red.):Dazu kommt, daß die Urangewinnung selbst ein höchst energieaufwendiger Prozess ist. Würde man die hier eingesetzte Fossilenergie in die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Kernspaltung einberechnen, würde die Atomkraft CO<sub>2</sub>-mäÙig nicht besser abschneiden als ein modernes Gaskraftwerk.

### Forschungsgelder für Energie in der EU in Millionen Euro pro Jahr

Gesamte Energieforschung: 920 Millionen Euro



Grafik: Christofone Schmutzner

Quelle: Energie-Forschungsrahmenprogramm der EU für 2007 – 2013

## 2. Irrtum: Die Biomasse sei ein knappes Gut.

Als Grundlage für die Biomassenschätzungen dient die Forstinventur, die auf einen Zuwachs von zwei bis drei Tonnen Trockenmasse pro Hektar und Jahr kommt, allerdings wird dabei nur das Blochholz (Baumstamm-Holz) als Ernte berechnet. Um die Energiemenge aus Biomasse abzuschätzen, muß der tatsächliche und mögliche Gesamtzuwachs je Flächeneinheit betrachtet werden. Wenn man im Wald von einem Zuwachs vergleichbar dem der Landwirtschaft ausgeht (13t/ha,a), kommt man schon auf

die 6-fache Menge Holz. In dem Versuchswald in Freising wurde unter optimierten Bedingungen eine Ernte von 40 Tonnen erzielt, somit das 20-fache des Wertes der Forstinventur. (1)

Die steigenden Öl- und Gaspreise ermöglichen immer mehr einen fairen Holzpreis, der den Mehraufwand der Bauern für das Bringen des Durchforstungsholzes abdeckt. Holz ist kein knappes Gut, aber in seine Verfügbarmachung muß noch viel investiert werden.

## 3. Irrtum: Das CO<sub>2</sub>-freie Kohlekraftwerk sei eine Zukunftschance.

Die Idee klingt bestechend: Das bei der Verbrennung in Kraftwerken entstehende CO<sub>2</sub> einfach vor dem Schornstein herausfiltern und das Gas irgendwo tief in der Erde in alten Öl- oder Gaskavernen abspeichern. Tatsächlich wäre das ökologischer Wahnsinn, weil unserer Atmosphäre so der im CO<sub>2</sub> gebundene lebenswichtige Sauerstoff („O<sub>2</sub>“) entzogen würde und es langfristig zu einer Sauerstoffknappheit kommen würde. Die Natur vermag das CO<sub>2</sub> in der Luft durch die Photosynthese zu zerlegen, der Kohlenstoff C wird für den Aufbau der Pflanzen verwendet, und der Sauerstoff O<sub>2</sub> in die Atmosphäre zurückgegeben. Wenn wir durch die fossile Verbrennung zusätzlich in den Natur-Kreislauf eingebrachtes CO<sub>2</sub> in der Erde vergraben, so begraben wir damit auch für uns lebenswichtigen Sauerstoff. Der wäre in ca. 45.000 Jahren verbraucht, schon lange vorher wäre die Atmosphäre für uns nicht mehr zu atmen. (2)

## 4. Irrtum: Das Problem der Erderwärmung könne man auch durch Verminderung der Sonneneinstrahlung lösen.

Die Erderwärmung durch Wegspiegeln des Sonnenlichtes oder durch die Ausbringung von künstlichem Feinstaub in der Atmosphäre zu bremsen, ist keine schlechte Science fiction, sondern eine Idee, die sich tatsächlich in den Köpfen mancher sogenannter Wissenschaftler findet. Sie ist kennzeichnend für einen Teil der Gesellschaft, die das Krankheitsbild eines Süchtigen aufweist: zu allem bereit, außer von der zerstörerischen Sucht zu lassen. Eine derartige Flickarbeit am Ökosystem Erde, dessen Funktionsweise wir erst in Ansätzen begreifen, könnte unabsehbare Folgen haben.

Prof. Univ.-Doz. DI **Dr. August Raggam** ist Mitbegründer der Firmen KWB und Ökofen und lebt in St. Margareten bei Graz.

Der Artikel ist ein unveränderter Nachdruck aus "Neue Argumente"/Mitteilungen der ARGE Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie; mit freundlicher Genehmigung des Autors.

## 5. Irrtum: Öl und Gas gibt es zwar nur noch für einige Jahrzehnte, aber solange können wir ruhig weiterwursteln.

Die mit den gegenwärtigen Techniken und Kosten ausbeutbaren fossilen Lagerstätten reichen zwar nur noch ein paar Jahrzehnte, doch die gesamten über die Erde feinverteilten organischen Stoffe würden theoretisch noch für gut 1 Million Jahre Fossilrausch reichen (bei gleichbleibendem Verbrauch von 2001). Nicht die Knappheit der Rohstoffe ist die Gefahr, sondern die Gefahr eines Klimakollapses, wenn wir so wie bisher weitermachen. Wir Menschen können auf dieser Erde nur atmen und leben, weil über Mrd. Jahre über die Photosynthese das überschüssige CO<sub>2</sub> der Atmosphäre von Pflanzen aufgenommen und schließlich tief im Erdinneren abgelagert wurde. Die Umkehr dieses Prozesses durch die Verbrennung von Erdgas, Erdöl und Kohle weiterzuführen wäre tödlich! (3)

## 6. Irrtum: Gas sei die beste Lösung, um das Kyotoziel zu erreichen.

Das aus lecken Leitungen ausströmende Gas hat den 35-fachen Treibhauseffekt im Vergleich zu CO<sub>2</sub> (4). Aber selbst bei intakten Leitungen wird durch die Gasverbrennung ständig das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre ständig vermehrt. Das Kyotoziel ist nur ein kleiner zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Wir überleben nur, wenn wir mit Riesenschritten den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus Öl, Gas und Kohle auf Null reduzieren. Also KEINEN CENT mehr in Anlagen stecken, die das CO<sub>2</sub> dann noch jahrzehntelang vermehren! (=Gaskraftwerke) **Einzige Durchsetzungs- und Überlebensstrategie:** Fossile Energien entsprechend ihrer Umweltzerstörung besteuern und mit den Steuereinnahmen den raschen Umstieg auf die „**Erneuerbaren**“ erzwingen (wirtschaftlicher Zwang).

### 7. Irrtum: Der Mensch kann gar kein CO<sub>2</sub>-Problem verursachen, weil der natürliche CO<sub>2</sub>-Umsatz ca. 35-mal höher ist als der menschengemachte.

Leider haben wir durch künstliche Ernährung unserer landwirtschaftlichen Flächen (Kunstdüngereinsatz) auf mehr als zwei Drittel der weltweiten landwirtschaftlichen Fläche (72%) den Wasserspeicher Humus weitgehend wegoxidiert. Damit haben wir auf mehr als einem Drittel der begrünten Weltoberfläche (36%) das pflanzliche Verdunstungs-Kühlsystem stark beeinträchtigt. Wenn der sanfte Temperatursgleich zwischen Land und Meer nicht ausreicht, wird dieser mit Gewalt hergestellt - durch vermehrte Orkane und Regengüsse vom Meer und Sturzfluten zurück ins Meer. Ohne es zu wissen, haben wir mit löslichen Kunstdüngern den Lebensnerv des grünen Kühl- und Produktionssystems der Erde getroffen. Extreme Zunahme der Erderwärmung, Stürme und Überschwemmungen sind eine logische und für Ökologen voraussehbare Folge unserer falschen Landwirtschaft (5).

### 8. Irrtum: Öl, Gas und Kohle

### seien wie Holz „natürliche Rohstoffe“ und daher Sonnenergieformen.

Auch wenn wir Holz nicht verheizen, wird der darin enthaltene Kohlenstoff über bakteriellen Abbau als CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre abgegeben - und dann wieder von Pflanzen aufgenommen. Das ist ein natürlicher Kreislauf. Der Kohlenstoff von Öl, Gas und Kohle würde hingegen ohne menschliches Zutun in den Tiefen der Erde bleiben, wo er einzig und allein hingehört.

### 9. Irrtum: Mit moderner Technik sei das alles wieder in den Griff zu kriegen.

Neue Modellrechnungen zeigen, daß bereits ein Temperaturanstieg von nur 3 Grad zu einem massiven Abschmelzen der Eismassen von Grönland und der Antarktis führen würde (6) Ein dadurch verursachter Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 70 Meter hätte unvorstellbare Auswirkungen, vor der uns keine Technik der Welt retten könnte. Uns bleibt nur die Wiedergesundung des Ökosystems Erde.

### 10. „Es war alles schon einmal da.“

Dies ist kein Irrtum. Tatsächlich war das alles schon mal da, bevor es uns

gab. Uns Menschen gibt es auf der Erde seit ca. 6 Millionen Jahren. Über 600.000 Jahre können wir über Eisbohrkerne das Klima rückverfolgen: einen CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre von 380 ppm hat es innerhalb dieser 600.000 Jahre noch nicht gegeben. Aber vor Milliarden Jahren waren die Zustände auf der Erde noch viel extremer - rasche Wechsel extremer Temperaturen, Orkane und eine Atmosphäre mit riesigen Mengen CO<sub>2</sub> und anderen giftigen Gasen. Allerdings gab es zu dieser Zeit auf der Erde auch keine Menschen. Ja, auch das war schon einmal da.

**Noch nie war das Eis, auf dem wir uns sorglos bewegen, so dünn... - und wir wissen nicht wann es bricht. Es ist hoch an der Zeit, dem Klimawandel mit einem möglichst raschen Umstieg auf erneuerbare Energien zu begegnen.**

Fußnoten 1-5: „Klimawandel. Biomasse als Chance gegen Klimakollaps und globale Erwärmung“, von August Raggam, Graz 2004

(1) S. 56 bis 81 (2) S. 9 bis 15  
(3) S.15-17 (4) S.14 (5)S.20-28  
(6)Studie „Ice-Sheet and Sea-Level Changes“, Richard B. Alley et al. Fachjournal „Science“ Bd. 310, S. 456.

## Das Gebot der Stunde: Energievergeudung beenden!

Die umweltfreundlichste und billigste Kilowattstunde ist und bleibt die gar nicht verbrauchte! Hoher Energieverbrauch ist kein Naturgesetz... Daß die "moderne" Industriegesellschaft für ihren völlig naturwidrigen Wachstumswahn immer mehr Energie "braucht", ist ein Armutszeugnis für ihre "Macher", denen wir uns nicht weiter so unterwerfen sollten wie bisher. Denn nichts anderes ist das Verhalten von Millionen, die sich von der Werbeindustrie Energievergeudung in immer größerem Ausmaß einreden lassen und diese dadurch mitverursachen.

Wieviele Abertausende fahren im Winter bedenkenlos auf **Kunstschneepisten**, obwohl die Erzeugung von Kunstschnee - wenn man alle allein in Österreich künstlich beschneiten Berge zusammenrechnet - enorme Mengen an **Energie und Quellwasser** verbraucht?! Und das im Winter, wo diese Energie fast ausschließlich aus kalorischen Kraftwerken kommen muß, die mit fossiler Energie (Kohle/Öl/Gas) betrieben werden, wenn nicht gar aus Atomkraftwerken der

Nachbarländer zugekauft wird. Die Wasserkraftwerke liefern im Winter kaum Energie (Niederwasser in den Flüssen, vereiste Abflußbäche erschweren Nutzung der Speichersseen in den Alpen). Wieviele fesche Pistenflitzer inklusive der Spitzensportler, deren mächtige Verbände und deren kommerzieller Hauptnutznießer, die internationalen Fernsehstationen, verschwenden auch nur **einen** Gedanken über die Auswirkungen ihres Tuns auf die Natur?! Auf Dauer aber kann man **"die Kuh nicht melken und schlachten zugleich"...**

**Beim Verkehr gilt dasselbe.** Jede Kiwi aus Neuseeland, jeder Apfel aus Südafrika, jedes Steak aus Argentinien, jedes Kinderspielzeug aus Hongkong oder Korea, jedes Sojaprodukt aus den USA usw. usf. ist Mitverursacher der Umweltzerstörung und der Energievergeudung, wenn diese und viele andere Produkte aus Übersee von "uns" täglich gekauft werden. Es gibt zu allen Jahreszeiten genug bodenständige, schmackhafte und vielfältige Produkte von österreichischen Bauern,

Handwerkern und Gewerbebetrieben; man muß sie nur gezielt suchen und dafür auch einen Preis bezahlen, der den Erzeugern und ihren Angestellten ein anständiges Leben ermöglicht. Die Billig-Super-Sonderangebote aus Übersee sind oft genug nur deshalb so "billig", weil sie mit Kinderarbeit und einem Stundenlohn hergestellt werden, mit dem kein erwachsener Mensch ein würdiges Leben führen kann.

Für die allgegenwärtige ENER-GIEVERGEUDUNG gibt es zahlreiche weitere "schlagende" Beispiele, die ganz leicht zu ändern bzw. zu verhindern wären. Wir wollen hiermit eine **IDEENBÖRSE** in der WEGWARTE zu diesem Thema eröffnen, die von unseren Lesern "gespeist" wird. Wir wollen in Hinkunft jeweils eine halbe Seite jeder WEGWARTE diesem Thema widmen, d.h. maximal eine Maschinschreibseite Text. Wir freuen uns schon jetzt auf Ihre Einsendungen zur kommenden Rubrik **"JA ZUR ZUKUNFT; SCHLUß MIT ENERGIEVERGEUDUNG!"**

## **Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete! Hände weg von unserer Neutralität**

Einladung zum öffentlichen **INFORMATIONSSABEND**  
am **Dienstag, 5. Juni 2007**, um **19 Uhr** in WIEN - 9. Bezirk,  
**KOLPINGHAUS ALSERGRUND**  
Eingang Liechtensteinstr. 100

**Programm:**

**Filmvorführung** "Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra", Präsentator: Ing. Frieder Wagner aus Deutschland  
Prof. Dr. med. Dr.h.c. Edmund Lengfelder/Strahlenexperte der Universität München  
Rechtsanwalt Rainer Rothe zum Thema "Verantwortung der Medien".

**Veranstalter:** Initiative für mehr direkte Demokratie.

Seit dem zweiten Irak-Krieg von 1991 wird von den Alliierten unter Führung der USA **völkerrechtlich verbotene Uran-Munition** eingesetzt. Auch im Kosovo-Krieg 1999 und im dritten Krieg gegen den Irak 2003. Die Schäden und Folgen sind bereits heute unumkehrbar: Verstrahlte, unbewohnbare Regionen in den Kriegsgebieten. Verstrahlte Menschen in diesen Gebieten mit medizinischen Folgen wie Zusammenbruch des Immunsystems, erhöhte Krebsraten, Mehrfachkrebs, genetische Defekte, Mißbildungen und Totgeburten. Verteilung des Uranstaubs, insbesondere auch in Form von Nano-Partikeln, über die ganze Welt.

Heute entsendet die österreichische Regierung im Rahmen der sogenannten "International Security Assistance Force", Soldaten in diese verstrahlten Krisengebiete. Österr. Soldaten, die sich heute über den Präsenzdienst hinaus für das Bundesheer verpflichten, das ausschließlich zur Verteidigung Österreichs geschaffen wurde, müssen gemäß Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung **verpflichtende Auslandseinsätze** absolvieren. Ein österr. Soldat, der aus einem solchen Einsatz zurückkehrt, riskiert mißgebildete Kinder zu bekommen, wie dies schon vielen Veteranen aus diesen Kriegsgebieten ergangen ist. (Beschrieben u.a. in "Paradies oder Weltuntergang" von Wolfgang Hingst, S. 349)

Die nächsten **Kriegsverbrechen** - vielleicht gegen den Iran - werden schon vorbereitet. Österreich darf sich dabei nicht mitschuldig machen! Noch ist die NEUTRALITÄT geltendes Verfassungsgesetz, das völkerrechtlich abgesichert ist und das es zur Sicherheit unserer Jugend und als Beitrag zum Frieden für alle anderen Völker

unbedingt zu erhalten gilt! Folgende Organisationen, die obige Veranstaltung unterstützen, rufen dazu auf und ersuchen um Ihre aktive Beteiligung:

Initiative für mehr direkte Demokratie, Neutrales Freies Österreich/NFÖ, Initiative Heimat & Umwelt/IHU, Plattform Ärzte für das Leben, Zeit-Fragen-Österreich, Mütter gegen den Krieg, Elternverein Familie und Erziehung.

**ACHTUNG / VORARLBERGER!**

Die AKTIONSWOCHE / Unterschriftensammlung mit INFO-STÄNDEN in Vorarlberg für den AUSTRIIT AUS DER EU, die von 18. bis 23. April vorgesehen war, mußte leider krankheitshalber kurzfristig abgesagt werden. Sie wird von 8. bis 12. Juni 2007, **jeweils von 10 bis 17 Uhr**, nachgeholt:

**FELDKIRCH** Freitag, 8. Juni, Fußgängerzone  
Marktgasse, Nähe Johanniterkirche / Postamt

**BREGENZ** Samstag, 9. Juni, Fußgängerzone /  
Kaiserstraße, Einmündung Bahnhofstraße

**DORNBIRN** Montag, 11. Juni, Fußgängerzone  
Marktplatz, vor der Martinskirche

**BLUDENZ** Dienstag, 12. Juni, Fußgängerzone  
Werdenbergstraße beim Nepomuk-Brunnen

Bitte helfen Sie persönlich auch mit! Wir freuen  
uns, Sie kennenzulernen!

**WEGWARTE**

Zulassungsnummer "02Z033544S"  
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt  
17. Jahrgang, Folge 2, April 2007  
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien  
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

**Initiative Heimat & Umwelt**

**3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5**

**Tel.: 02242/70 516**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer